

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Innenpolitik

Nr. 449/16 vom 11. Oktober 2016

Petra Nicolaisen zu Immobilienpreisen: Die Albig-Regierung muss endlich das Bauverbot in Vororten aufheben

Angesichts immer stärker steigender Immobilienpreise hat die CDU-Innenpolitikerin Petra Nicolaisen die Landesregierung aufgefordert, die in der Landesplanung verankerte Begrenzung von Neubaugebieten aufzuheben:

„Der Bedarf ist riesig – der Wohnraum knapp. Angesichts dieser Entwicklung treibt die landesplanerische Begrenzung der wohnbaulichen Entwicklung die Preise weiter in die Höhe. Wir fordern seit Monaten eine Änderung. SPD, Grüne und SSW lehnen sie ab. Nicht einmal zu einer Diskussion im Ausschuss waren sie bereit“, begründete Nicolaisen ihre Forderung.

Bis weit in den ländlichen Raum hinein gäbe es Anfragen junger Familien, die sich und ihren Kindern den Traum vom Eigenheim gerne erfüllen würden. Besonders stark sei die Nachfrage nach Wohnraum in den Vororten der Städte. Aufgrund der von SPD, Grünen und SSW immer noch aufrecht erhaltenen landesplanerisch festgelegten Beschränkung müsste diesen Familien abgesagt werden.

„Die einzige Antwort der Albig-Regierung auf den knappen Wohnraum ist der soziale Wohnungsbau. Die CDU will aber auch jungen Familien die Möglichkeit zum Hausbau eröffnen. Das Bauverbot muss weg“, so Nicolaisen.

Link zum abgelehnten Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4300/drucksache-18-4301.pdf>